

**Niederschrift
zur Sitzung des Amtsausschusses des Amtes Geest und Marsch
Südholstein (öffentlich)**

Sitzungstermin: Montag, den 01.03.2021

Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr

Sitzungsende: 20:27 Uhr

Ort, Raum: Infozentrum der Gemeinschaftsschule Am
Himmelsberg Moorrege , Kirchenstraße 30, 25436
Moorrege

Anwesend sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Martin Balasus	CDU
Herr Bürgermeister Wolfgang Balasus	CDU
Herr Bürgermeister Hans-Joachim Banaschak	CDU
Herr Jörg Behrmann	CDU
Herr Bürgermeister Peter Bröker	CDU
Frau Bürgermeisterin Ute Ehmke	GuB
Herr Hauke Heidecke	FWM
Frau Bettina Homeyer	CDU
Herr Bürgermeister Uwe Hüttner	CDU
Herr Bürgermeister Ernst-Heinrich Jürgensen	SPD
Herr Thomas Kasimir	FWM
Frau Jutta Kaufmann	FDP
Herr Julius Körner	CDU
Herr Marco KÜchler	FWH
Herr Walter Lorenzen	SPD
Herr Manfred Lüders	FWH
Herr Hans-Peter Lütje	CDU
Herr Bürgermeister Jürgen Neumann	CDU
Herr Bürgermeister Reinhard Pliquet	SPD
Herr Bürgermeister Michael Rahn- Wolff	FW
Herr Gebhard Rühlow	GuU
Herr Bürgermeister Klaus-Dieter Sellmann	BfH

Amtsvorsteher

Herr Dietmar Voswinkel SPD
Herr Tobias Zeitler CDU

Außerdem anwesend

Herr Wolfgang Aschert FWH
Frau Janina Schildt SPD
Herr Dr. Frank Schoppa BfH

Gäste

Zuhörer

2

Protokollführer/-in

Herr Frank Wulff Büroleitender
 Beamter

Verwaltung

Frau Nicole Förthmann Personalratsvorsitzende
Herr Rainer Jürgensen Amtsdirektor des Amtes
 Geest und Marsch
 Südholst.
Frau Christine Neermann Gleichstellungsbeauftragte
Frau Kerstin Noffke Personalrat

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jochen Kuik
 Bündni
s90/DieGrünen
Herr Bernd Lottmann
 Fraktio
n Die Grünen Holm
Frau Heidrun Osterhoff FDP
Herr Uwe Schölermann CDU
Herr Sören Weinberg CDU

Die heutige Sitzung wurde durch schriftliche Ladung vom 16.02.2021 einberufen.
Der Vorsitzende stellt fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung keine
Einwendungen erhoben werden.
Der Amtsausschuss ist beschlussfähig.

Vor der Klärung der Tagesordnung richtet Herr W. Balasus als Bürgermeister der
gastgebenden Gemeinde ein paar Grußworte an die Anwesenden.

Die Sitzung ist öffentlich. Zu den Punkten 12 und 12.1. der Tagesordnung wird die
Öffentlichkeit ohne Aussprache ausgeschlossen.

Die Tagesordnung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

24 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Daraus ergibt sich folgende **Tagesordnung**:

Tagesordnung:

1. Bericht des Amtsvorstehers
2. Bericht des Amtsdirektors
3. Einwohnerfragestunde
4. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung
5. Genehmigung von Haushaltsüberschreitungen
Vorlage: 0195/2021/AMT/BV
6. Information über geringfügige Haushaltsüberschreitungen im 2. Halbjahr 2020
Vorlage: 0196/2021/AMT/BV
7. Neufassung der Hauptsatzung
Vorlage: 0186/2020/AMT/BV
8. Vierter Mitarbeiter (m/w/d) für den Bauhof; hier: Fördermöglichkeit § 16i SGB II "Teilhabe am Arbeitsmarkt"
Vorlage: 0165/2020/AMT/BV
9. Homeoffice / Pandemie; hier: Antrag des Bürgermeisters Rahn-Wolff
Vorlage: 0192/2021/AMT/V
10. Haushaltssatzung 2021
Vorlage: 0193/2021/AMT/HH
11. Investitionsprogramm 2020 - 2024
Vorlage: 0194/2021/AMT/HH
13. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Protokoll:

zu 1 Bericht des Amtsvorstehers

Herr Lütje berichtet gemäß **Protokollanlage 1**.

Zu Ziffer 1 des Berichtes richtet Bürgermeister Rahn-Wolff ein Lob an das Ordnungsamt des Amtes für die Unterstützung bei der Kontrolle der Zugangssperren. Er richtet die Bitte an die Verwaltungsleitung, künftig bei derartigen Entscheidungen wie die Sperrung gewisser Bereiche der

Gemeinde als Bürgermeister beteiligt zu werden.

Zu Ziffer 3 des Berichtes äußert sich ebenfalls Herr Rahn-Wolff. Er hält es für merkwürdig, dass sich der Amtsvorsteher in seinem Bericht über einen Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung äußert. Dies könnte auch in die Richtung aufgefasst werden, dass vorher eine Stimmung erzeugt werden soll.

zur Kenntnis genommen

zu 2 Bericht des Amtsdirektors

Herr Jürgensen verweist hierzu auf die Niederschrift zur Sitzung des Hauptausschusses vom 22.02.2021.

zur Kenntnis genommen

zu 3 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen, Anregungen oder Vorschläge geäußert.

zur Kenntnis genommen

zu 4 Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung

Gegen die Niederschrift der Sitzung des Amtsausschusses vom 30.11.2020 liegen keine Einwendungen vor.

zur Kenntnis genommen

**zu 5 Genehmigung von Haushaltsüberschreitungen
Vorlage: 0195/2021/AMT/BV**

Herr Rühlow fragt zur Überschreitung bei der Haushaltsstelle 02000.640000 – Versicherungen, Schadenfälle -, ob die Einnahme zur Kostenerstattung im Haushalt 2021 auftaucht. Herr Jürgensen antwortet, dass die Einnahme dazu bereits kassenwirksam verbucht worden ist.

Herr Rühlow fragt, ob es eine Regelung zur Anzahl, Nutzung und Größe der Dienstfahrzeuge gibt. Herr Jürgensen antwortet, dass mit jeder bzw. jedem Nutzer/in eine Vereinbarung geschlossen wird. Die Kosten für ein solches Fahrzeug werden zu 100 % von den Nutzern getragen. Weiter ist an das Amt eine Verwaltungskostenpauschale zur Abgeltung des internen Aufwands für die Betreuung der Fahrzeuge zu entrichten. Durch die Möglichkeit der Nutzung dieser Fahrzeuge mit der Nutzung für die dienstlichen Fahrten konnten die Reisekosten für das Amt erheblich reduziert werden. Der Ansatz dafür lag vor einigen Jahren noch bei über 10.000 €. Herr Rühlow bittet um Hergabe einer solchen Vereinbarung. Diese ist dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt.

Zur Haushaltsstelle 02000.656000 – Geschäftsausgaben Bezügekasse – bittet Herr Rühlow um Aufklärung. Herr Jürgensen antwortet, dass die VAK für die Bearbeitung und Anweisung der Bezüge und Gehälter der Beschäftigten zuständig ist. Weiter wird durch die VAK die Beihilfe für die Beamten in Krankheitsfällen bearbeitet. Aufgrund gestiegener Buchungsfälle sind die an die VAK zu entrichtenden Verwaltungskosten gestiegen.

Herr Zeitler fragt, ob bei der Überschreitung zur Haushaltsstelle 02000.640000 – Versicherungen, Schadenfälle – alle Versicherungen enthalten sind. Herr Jürgensen bejaht diese Frage.

Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt, die Haushaltsüberschreitungen im Verwaltungshaushalt mit 121.487,65 € zu genehmigen.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 88 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

**zu 6 Information über geringfügige Haushaltsüberschreitungen im 2. Halbjahr 2020
Vorlage: 0196/2021/AMT/BV**

Herr Zeitler fragt, ob eine Mietung der Kopiergeräte überhaupt noch zeitgemäß ist. Herr Jürgensen antwortet, dass im April neue Kopiergeräte geliefert werden, da der bisherige Vertrag ausgelaufen ist. Diese neuen Geräte werden künftig über den Zweckverband kommunit gestellt. Durch die Anzahl der Mitgliedsverwaltungen und der dadurch benötigten Anzahl an derartigen Geräten können wesentlich bessere Konditionen erzielt werden.

Beschluss:

Die Information des Amtsdirektors nach § 4 der Haushaltssatzung für das 2. Halbjahr 2020 wird zur Kenntnis genommen.

zur Kenntnis genommen

**zu 7 Neufassung der Hauptsatzung
Vorlage: 0186/2020/AMT/BV**

Herr Lütje geht auf den Inhalt der Beschlussvorlage ein.

Zur Ermöglichung der Sitzungen in digitaler Form appelliert Herr Lorenzen, auch unabhängig von den Sitzungen die gemeinsame Meinungsbildung und Diskussion in digitalen Runden zu ermöglichen. Er selbst habe damit gute Erfahrungen gemacht.

Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt die Neufassung der Hauptsatzung des Amtes Geest und Marsch Südholstein.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 88 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

**zu 8 Vierter Mitarbeiter (m/w/d) für den Bauhof; hier: Fördermöglichkeit § 16i SGB II "Teilhabe am Arbeitsmarkt"
Vorlage: 0165/2020/AMT/BV**

Bürgermeister Bröker berichtet aus der Sitzung des Ausschusses zum Amtsbauhof Haseldorfer Marsch und des Hauptausschusses. Beide Ausschüsse haben sich mit der Thematik befasst und mehrheitlich dagegen ausgesprochen, einen vierten Mitarbeiter (m/w/d) auf dem Bauhof einzustellen. Letztendlich sollte das Ziel sein, den Bauhof organisatorisch zu verändern.

Bürgermeister Rahn-Wolff vertritt die Auffassung, dass die Einstellung eines weiteren Mitarbeiters auf dem Amtsbauhof Haseldorfer Marsch über das Programm § 16i SGB II "Teilhabe am Arbeitsmarkt" für Langzeitarbeitslose sinnvoll ist.

Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt, dem Antrag der Vertreter der Gemeinde Hetlingen über die Beauftragung der Verwaltung, einen vierten Mitarbeiter (m/w/d) über das Programm § 16i SGB II "Teilhabe am Arbeitsmarkt" für Langzeitarbeitslose einzustellen, zuzustimmen.

mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis: Ja: 6 Nein: 9 Enthaltung: 73

**zu 9 Homeoffice / Pandemie; hier: Antrag des Bürgermeisters Rahn-Wolff
Vorlage: 0192/2021/AMT/V**

Herr Rahn-Wolff erhält zunächst das Wort und begründet seine Intentionen. Es sei als Anregung an die Verwaltung zu verstehen, sich noch mehr Gedanken über Chancen für Arbeit im Homeoffice zu machen. Auslöser sein ein Besuch der Verwaltung in Moorrege gewesen, bei dem der Eindruck entstanden war, dass nicht viele Mitarbeiter/innen im Homeoffice arbeiten, da der Mitarbeiterparkplatz sehr stark besetzt war. Mittlerweile sei ihm bekannt, dass die Verwaltung bereits sehr viel für die Arbeit im Homeoffice getan habe. Gleichzeitig müsse aber weiter in die Zukunft geschaut werden. Es müsse darüber diskutiert werden, ob nicht noch mehr möglich sei und wie eine Arbeit im Homeoffice dauerhaft gesichert werde. Durch die Mietzahlungen für das neue Amtsgebäude entstehe erhebliche Kosten, sodass man Überlegungen zur Kostenreduzierung anstellen müsse. Die Vermietung von Räumlichkeiten, die durch Homeoffice nicht genutzt werden, könnte eine Option dafür sein. Außerdem sollte man frühzeitig die Chancen nutzen, die die Digitalisierung bereits jetzt bieten würde.

Herr W. Balasus entgegnet, dass man eher zu der Schlussfolgerung kommen müsse, dass bereits zu viel im Homeoffice gearbeitet werde. Ein Betrieb lebe von der Kommunikation. er sei täglich im Amt und kenne daher die wahren Begebenheiten. Man dürfe die Verwaltung nicht mit der freien Wirtschaft vergleichen und die Grenzen der Funktionalität beachten. Außerdem sei trotz Homeoffice immer ein Arbeitsplatz vor Ort vorzuhalten.

Herr Lorenzen ist der Meinung, dass der Amtsausschuss nicht in der Lage dazu sein, Sinn oder Unsinn von Homeoffice insgesamt oder auch im Einzelfall zu beurteilen. Diese unterliege nur der Organisationshoheit des Amtsdirektors. Außerdem sei auch die Betrachtung der Voraussetzungen für den Arbeitsplatz zu Hause nicht zu vergessen. Hierzu gebe es erhebliche Anforderungen.

Herr Zeitler fragt, ob es zu diesem Thema eine Umfrage unter der Mitarbeiterschaft gegeben hat. Herr AD Jürgensen verweist hierzu auf einige Zitate in seiner Mail, die zur Einladung beigefügt worden sind. Die überwiegende Tendenz gehe ganz klar zur Rückkehr an den Arbeitsplatz im Amt. Das Angebot des Homeoffice bleibe ein dynamischer Prozess, sodass es auch nicht möglich wäre, Räumlichkeiten zu vermieten, die vielleicht im Augenblick nicht durch einen Mitarbeiter genutzt werden.

Nach Ansicht von Herrn Heidecke ist die Verwaltung ein Dienstleister, der geschlossen vor Ort sein muss.

Herr Bürgermeister Jürgensen erwähnt, dass diese Diskussion nicht auf dem Rücken der Mitarbeiterschaft ausgetragen werden dürfe. Die aktuelle Berichterstattung über Homeoffice zeige außerdem, dass ein Spareffekt nicht immer eintreten muss.

Herr Lütje erklärt, dass nach der unglücklichen und einseitigen Berichterstattung in der Presse ein Gespräch mit Herrn Rahn-Wolff stattgefunden hat, an dem er selbst, Herr Wulff und Frau Förthmann als PR-Vorsitzende teilgenommen haben. Dabei wurde vereinbart, dass dieses Thema ein Tagesordnungspunkt in der heutigen Sitzung wird. Bei diesem Austausch solle es dann auch bleiben, da es auch rechtlich klar ist, dass es eine eigene Sache der Verwaltung ist.

zur Kenntnis genommen

zu 10 Haushaltssatzung 2021 Vorlage: 0193/2021/AMT/HH

Herr AD Jürgensen berichtet über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2021 gemäß **Protokollanlage 3**.

Herr Rühlow merkt an, dass beim Haushalt 2020 nicht davon ausgegangen werden konnte, dass nur 63,34 Stellen besetzt sind. Es hätte mit der vollen Anzahl rd. 73 Stellen geplant werden müssen. Herr AD Jürgensen erklärt, dass bereits bei der Haushaltsplanung 2020 erwähnt worden ist, dass einige Stellen erst im Oktober 2020 besetzt werden. Man dürfe nicht die Vorplanung mit der tatsächlichen Besetzung verwechseln.

Herr W. Balasus erklärt, dass es erfreulich sein, dass alle Stellen besetzt worden sind. Er stellt die Frage, ob es im Umkehrschluss nun bedeuten würde, dass keine Überlastung mehr gegeben sei und ob dadurch die Zahl der Überstunden sinken würde. Herr AD Jürgensen antwortet, dass es noch nicht abschließend zu überblicken sei. Generell habe die Corona-Pandemie mit Sitzungsausfällen jedoch nicht den erhofften großen Effekt gebracht. So ist es z.B. im Bereich des Ordnungsamtes zu einigen neuen Überstunden gekommen. Herr Pliquet macht an dieser Stelle deutlich, dass es auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gibt, die als Sicherheit für sich ein gewisses Polster an Überstunden aufbauen und halten.

Herr Rühlow fragt, wie die Haushaltsstelle 02000.431000 - Umlage VAK auf die Versorgungsbezüge - begründet wird. Herr AD Jürgensen erklärt, dass die Umlagen für die Versorgungsbezüge der Beamten vorher einzeln im Haushalt festgelegt waren und nun an dieser Stelle zusammengefasst werden.

Herr Rühlow fragt weiter, wie sich der Beitritt zum Zweckverband kommunit finanziell im Haushalt 2021 auswirkt. Herr AD Jürgensen antwortet, dass die Umlage an den Zweckverband aus dem Haushalt ersichtlich ist. Neben den Einsparungen im Vermögenshaushalt hätte man davon ausgehen können, dass der Zweckverband den Administrator des Amtes mit übernimmt. Dazu ist es aber nicht gekommen. Trotzdem habe es an anderer Stelle Kosteneffekte gegeben. So konnte für die Stelle Klimaschutz eine Förderung für die Personalkosten in Höhe von 110.000 € erreicht werden.

Herr Rühlw merkt an, dass das Amt sich weiterhin intensiv um Einsparungen bemühen müsse. Der Personalhaushalt sei zu hoch. Der Vergleich der Amtsumlagesätze der anderen Ämter helfe hierbei nicht unbedingt. Man sollte sich hierbei auch an die freie Wirtschaft orientieren. Herr AD Jürgensen erklärt, dass auch die Gemeinden, insbesondere Heidgraben, an ihren Kosten arbeiten müssen. Für das Amt sei ein Einspareffekt sicherlich die weitere Reduzierung der Leistungen der Gemeinden. Herr Lorenzen erklärt, dass man die freie Wirtschaft und die öffentliche Verwaltung auf keinem Fall miteinander vergleichen dürfe. Der Anspruch müsse immer sein, eine gute und funktionierende Verwaltung zu haben. Eine Verwaltung müsse optimal ausgestattet und gut geführt sein. Das Gefühl habe er hier. Herr W. Balasus ergänzt, dass jeder eine sparsame, aber auch eine exzellente Verwaltung wünsche. Er sei dankbar für den Vergleich der Amtsumlagesätze. Frau Förthmann erklärt, dass die Verwaltung laufend bemüht ist, sparsam zu handeln und sie nennt einige Beispiele.

Herr Rahn-Wolff erklärt, dass in einigen Fällen der Aufwand reduziert werden könnte. So erwarte er z.B. an einem Wochenende auch nicht sofort eine Antwort auf seine Anfragen. Dazu würde auch der nächste Arbeitstag reichen. Außerdem erklärt Herr Rahn-Wolff, dass er im Hauptausschuss gegen den Haushalt gestimmt hat, da einen Sparwillen nicht ausreichend erkannt hat. Er selbst habe aber auch durch seine Anträge zur den Stellen Klimaschutz und Förderprojekte zu einer Kostensteigerung beigetragen. Deshalb werde er nunmehr zustimmen.

Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt die Haushaltssatzung für das Jahr 2021 mit Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungshaushalt in Höhe von insgesamt 7.797.700 € sowie Einnahmen und Ausgaben im Vermögenhaushalt in Höhe von 313.100 €.

Die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen beläuft sich auf 72,64 Stellen. Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 250.000 € festgesetzt. Der Höchstbetrag der Kredite für Investitionen wird auf 0 € festgesetzt. Der Amtsumlagesatz beträgt 17,49 %.

Die Zusatzumlage (Schulumlage) nur für die Gemeinden Haselau und Haseldorf ist auf 320.000 € festgesetzt.

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 85 Nein: 0 Enthaltung: 3 Befangen: 0

**zu 11 Investitionsprogramm 2020 - 2024
Vorlage: 0194/2021/AMT/HH**

Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt das vorgestellte Investitionsprogramm für

die Jahre 2020 – 2024 mit einem Gesamtvolumen von 566.100 €.

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 85 Nein: 3 Enthaltung: 0 Befangen: 0

zu 13 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Es ist keine Öffentlichkeit mehr anwesend, sodass keine Bekanntgabe erfolgt. Herr Lütje bedankt sich bei allen Anwesenden und schließt um 20.27 Uhr die Sitzung.

zur Kenntnis genommen

Für die Richtigkeit:

Datum: 26.04.2021

gez. Hans-Peter Lütje
Vorsitzender

gez. Frank Wulff
Protokollführer